

Mit weiterer Verschärfung der Lage entwickelten sich entgegen der »verräterischen«, »opportunistischen« und die Masse »irreführenden« Politik der »rechtssozialdemokratischen« Gewerkschaftsführer die »ehrlichen revolutionären Bestrebungen«, die »eine wirkliche Klassenpolitik« durchsetzen wollten (S. 79). Statt unter dem Druck der revolutionären Ereignisse den »wahrhaft nationale[n] Weg des deutschen Volkes« einzuschlagen, der auch dem »ureigensten Interesse der Millionen Gewerkschafter« entsprochen hätte (S. 141), griffen die Gewerkschaftsführer zum »raffinierten Manöver zur Täuschung der Massen« (S. 152). Der Spartakusbund versuchte »das raffinierte System der Irreführung der Arbeiter zu entlarven«, aber es gelang ihm nicht, den »Einfluß der SPD- und Gewerkschaftsführung auf die Mehrheit der Arbeiter zu brechen« (S. 152). Während die Opportunisten immer »raffinierter« wurden, wurden die Kräfte um den Spartakusbund immer besser und immer revolutionärer, und so dauerte es auch nicht lange, bis sie die »besten« (S. 139) und die »revolutionärsten« (S. 158) waren. »Folgten« sie durch die Gründung der KPD mit ihrem nicht-leninistischen Programm und ihrer nicht-leninistischen Organisation den »Lehren von Marx, Engels und Lenin« (S. 158), so hatte dies seine Ursache darin, daß es »der Mehrheit der Delegierten des Gründungsparteitags [...] bisher noch nicht möglich gewesen war, sich von der richtigen Auffassung der führenden Kräfte im Spartakusbund [...] zu überzeugen« (S. 163). So sehr Raase sich auch bemüht, die Gegenpositionen zur Politik der Gewerkschaften aufzuzeigen, seine Darstellung bleibt dennoch eine bloße Genealogie des »Verrats«, und unter der Hand passiert ihm, was jedem Marxisten-Leninisten peinlich wäre: Die Massen werden zur bloßen Statisterie in den Händen opportunistischer Verführer bzw. revolutionärer Führer. Diese Art Geschichtsschreibung haben die von Raase als Zitatenschatz benutzten »Klassiker« des Marxismus-Leninismus längst in ihrer Nichtigkeit analysiert: »[...] wenn man aber nach den Ursachen der Erfolge der Konterrevolution forscht, so erhält man von allen Seiten die bequeme Antwort, Herr X, oder Bürger Y haben das Volk »verraten«. Diese Antwort mag zutreffen oder auch nicht, je nach den Umständen, aber unter keinen Umständen erklärt sie auch nur das Geringste, ja sie macht nicht einmal verständlich, wie es kam, daß das »Volk« sich derart verraten ließ.« (Friedrich Engels, *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*, MEW, Bd. 8, S. 6). Raases Kritik an der Partei- und Gewerkschaftsspitze ist von seinem Standpunkt aus gerechtfertigt, ihnen »Verrat« vorzuwerfen ist unsinnig, denn sie haben ihre anti-revolutionären Ansichten und Absichten weder vor, während, noch nach dem 1. Weltkrieg verheimlicht. Diese magere Schrift kann — wie schon gesagt — nur in einigen kleinen Details die umfassenderen Darstellungen von Feldman und Richter zur entsprechenden Problematik ergänzen.

Dirk H. Müller

Ludwig Morenz/Erwin Münz, *Revolution und Räteherrschaft in München*. Aus der Stadtchronik 1918/1919. (= Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, Bd. 29), Albert Langen/Georg Müller Verlag, München/Wien 1968, 136 S., 18 DM.

Die vom Münchner Stadtarchiv zusammengestellte Chronik »Revolution und Räteherrschaft in München« verlebendigt in Wort und Bild die Revolutionsmonate in den Jahren 1918 und 1919. Die Auswahl der Ereignisse aus der Stadtchronik verdeutlicht die sich seit Oktober steigende Unruhe der Münchner Bevölkerung, ihre Kritik an Regierung und Monarchie und die Bestrebungen der sozialistischen Parteien, politische Reformen durchzuführen. Die Chronik zeigt vor allem die chaotischen Zustände und die Machtkämpfe innerhalb der politischen Machtgruppen während der Revolutionsmonate auf. Differenzen zwischen der SPD und USP wurden am 7. November offenbar, als die

USP unter der Führung Kurt Eisners einen Arbeiter- und Soldatenrat bildete, der in den Morgenstunden des 8. November die Republik Bayern ausrief und die Wittelsbacher Dynastie für abgesetzt erklärte. Der Großteil der Bevölkerung paßte sich widerstandslos der ersten Revolutionsphase an. Ebenso fanden sich die Mehrheitssozialisten bereit, eine Regierung mit Eisner an der Spitze zu bilden, die Ende November die Beziehungen zum Auswärtigen Amt in Berlin abbrach. Im Dezember spaltete sich der Spartakusbund ab und gründete am 29. Dezember eine eigene Partei, die KPD. Auf Grund der rapiden Radikalisierung des Spartakusbundes rief die SPD zur Schaffung einer Bürgerwehr auf, ein Vorschlag, den sie bald aufgeben mußte, da die Massen eine solche Institution nicht tolerierten. Die Münchner Bevölkerung, deren Mehrheit den Sturz der Monarchie und den Umschwung begrüßte, zeigte sich in den ersten Landtagswahlen vom Januar 1919 gemäßigt: Während 47 % der Münchner für die Mehrheitssozialisten stimmten, wählten nur 5 % der Bevölkerung die USP. Die Idee Eisners und der USP, auf Grund der Verbindung von Räten und Parlament die Demokratisierung der Gesellschaft herbeizuführen, erlitt in den Januarwahlen eine vollkommene Niederlage.

Die Polarisierung der politischen Kräfte erreichte am 21. Februar 1919 einen Höhepunkt, als bei der Eröffnung des neugewählten bayerischen Landtags Kurt Eisner von einem Leutnant der Reserve erschossen und der sozialdemokratische Minister Auer von einem Mitglied des revolutionären Arbeiterrats schwer verletzt wurde. Noch am selben Tag wurde die »2. Revolution« eingeleitet, und die SPD, USP, KPD und die Volksräte der Arbeiter, Soldaten und Bauernräte (ASBR) bildeten einen »Zentralrat der Bayerischen Republik«, der die vollziehende Gewalt übernahm und den Belagerungszustand in München verhängte. Auf Beschluß des Rätekongresses vom 8. März trat am 17. März der Landtag wieder zusammen; der SPD-Abgeordnete Hoffmann wurde einstimmig zum Ministerpräsidenten gewählt und stellte ein Kabinett aus SPD, USP und einem Abgeordneten des Bauernbunds zusammen. Doch in den ersten Apriltagen verstärkte sich die Radikalisierung der Linken. Der Zentralrat versuchte, die geplante Einberufung des Landtags rückgängig zu machen, und forderte die Ausrufung der Räterepublik. Das letztere wurde von der KPD mit der Begründung abgelehnt, daß eine solche Räterepublik keine echte Diktatur darstelle. Noch am 7. April beschlossen die in München weilenden Mitglieder des Zentralrats zusammen mit dem aus SPD, USP und KPD zusammengesetzten revolutionären Arbeiterrat München, die »Räterepublik Bayern« auszurufen. Innerhalb weniger Monate fand somit die »3. Revolution« statt. Die Volksbeauftragten der Räterepublik setzten sich aus USP-Mitgliedern und einem Mitglied des Bauernbunds zusammen und erklärten die Auflösung des Bayerischen Landtags als »unfruchtbares Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters«. Die Regierung Hoffmann verlegte ihren Sitz erst nach Nürnberg, anschließend nach Bamberg.

Da jedoch die ausgerufene »Räterepublik Bayern« dem bolschewistischen Muster nicht entsprach, riefen die Betriebs- und Soldatenräte die »kommunistische Republik« (»2. kommunistische Räterepublik«) aus, welche den »Provisorischen revolutionären Zentralrat« für abgesetzt erklärte und die gesetzgebende und vollziehende Gewalt einem aus KPD-, USP- und SPD-Mitgliedern bestehenden Aktionsausschuß übertrug, der dann einen vierköpfigen Vollzugsausschuß wählte. Eugen Leviné und Max Levien, Mitglieder dieses Vollzugsrats, errichteten eine »Diktatur« und riefen zu einem neuntägigen Generalstreik auf, den sie zur Bewaffnung und Verteidigung Münchens ausnutzten. Doch schon am 27. April wurde die »Diktatur Leviens und Levinés« beendet. Ein neugebildeter »Aktionsausschuß«, in dem kein einziger Kommunist vertreten war, wurde jedoch durch die »Diktatur der Roten Armee« unter der Leitung des Matrosen Egelhofer

aufgelöst. Der Bürgerkrieg war während der letzten Apriltage in vollem Gange, Geiseln wurden wahllos von den Machthabern der »Militärdiktatur« erschossen. Regierungstreue bayerische und württembergische Truppen und Reichswehrtruppen nahmen München Anfang Mai ein und stellten Ruhe und Ordnung wieder her. Insgesamt forderte der Bürgerkrieg 625 Opfer zwischen dem 30. April und dem 8. Mai.

Die Münchner Stadtchronik verdeutlicht dem Leser, daß die Differenzen und die ideologische Diskrepanz innerhalb der Linken zwangsläufig zum Scheitern der Errichtung einer sozialistischen Republik unter Eisner, einer »Räterepublik Bayern« und einer »kommunistischen Räterepublik« führen mußten. Die SPD versuchte die Radikalisierung der Linken durch ihre Koalitionsbereitschaft mit den verschiedenen »Regierungen« zu mindern. Sie wandte sich gegen einen Sozialisierungsprozeß im Sinne der USP und vor allem aber auch gegen eine kommunistische Diktatur bolschewistischer Prägung. Die USP versuchte eine eigene Stellung zwischen den »bürgerlichen« Mehrheitssozialisten und den radikalen Spartakisten und späteren Kommunisten aufzubauen, erfuhr jedoch eine entscheidende Niederlage bei den ersten Landtagswahlen. Die Kommunisten hatten keine Chance, ihre erwünschte Bolschewisierung durchzusetzen, und wurden weder von der Münchner Bevölkerung noch von der SPD und USP und Revolutionären wie Ernst Toller während der kurzlebigen kommunistischen Räterediktatur unterstützt. Weder im Reich noch in München hatte eine Räterepublik oder sogar eine kommunistische Diktatur eine Chance. Das ist aus der Münchner Chronik klar ersichtlich.

Die Münchner Stadtchronik bietet dem Leser einen klaren Überblick über und lebendigen Eindruck in die Revolutionsperiode. Bilder, Plakate, Proklamationen und Wahlzettel veranschaulichen eindrucksvoll die Ereignisse der Revolutionstage 1918/1919. Der vorliegende Band kann dem an dieser Epoche interessierten Leser und vor allem Schülern aller Schulgattungen als wertvolle Dokumentation und als Anschauungsmaterial sehr empfohlen werden.

Wolfgang Schlauch

Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, hrsg. u. eingel. v. Hermann Weber (= Politische Texte), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969, 345 S., kart., 15 DM.

Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969, 465 u. 427 S. (u. Bildtafeln), Ln., 128 DM.

Mit der Herausgabe des Protokolls vom Gründungsparteitag der KPD, der zwischen dem 30. Dezember 1918 und dem 1. Januar 1919 in Berlin stattfand, leistete Hermann Weber einen höchst willkommenen Beitrag zur Erforschung der speziell immer noch wenig bekannten Frühgeschichte des deutschen Kommunismus. Bis dato mußte man auf den 1919 von der KPD publizierten »Bericht« über den Gründungsparteitag zurückgreifen, der in der DDR zum 50. Jahrestag der Parteigründung als Faksimiledruck erschien. Weber war bei der Durchsicht des Levi-Nachlasses, den lange Zeit das Archiv der New Yorker Bibliothek Buttinger aufbewahrte und der kürzlich vom Archiv der sozialen Demokratie in Bonn übernommen wurde, auf große Teile des originalen Protokolls gestoßen, die er unter kritischer Heranziehung schon bekannter Überlieferungen zu der vorliegenden Edition komplettierte. Vor allem zwei Probleme können an Hand dieses Protokolls fortan sicherer abgeschätzt und beurteilt werden. Zum einen die — gegen Levi, Luxemburg und Liebknecht — mit großer Mehrheit getroffene Entscheidung, nicht an den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung teilzunehmen. Die Motive der Ablehnung treten deutlich hervor, insbesondere: Das Zustandekommen der Nationalversammlung komme einer Vernichtung der Arbeiter- und Soldatenräte gleich;